

Die Woche im Bundestag



CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen



Orientierung in unsicheren Zeiten

Krieg in Europa, hohe Inflation und hohe Energiepreise, Gefahr einer Wirtschaftskrise - Deutschland braucht Orientierung in unsicheren Zeiten. Doch die Bundesregierung hat bis heute keinen Plan für eine stabile, unabhängige und bezahlbare Energieversorgung und riskiert sehenden Auges eine Wirtschaftskrise. Sie hat ein neues Entlastungspaket vorgelegt, das an den entscheidenden Stellen vage und unkonkret bleibt. Die zentrale Frage der Kapazitätsausweitungen bei der Stromproduktion bleibt unbeantwortet. Die Bundesregierung trifft nur halbgeare Entscheidungen zum Weiterbetrieb der Kernkraftwerke, keine Entscheidung zum Stopp der Gasumlage und keine Vorkehrung zur Dämpfung der Energiekosten. Beim Strompreis wird weder die Höhe noch der Zeitpunkt der Entlastung genannt. Wie sich die angeblichen 65 Mrd. Euro zusammensetzen, bleibt nebulös. Das sind keine ausreichenden Maßnahmen gegen Energiepreisexplosion und Inflation. Auch wenn die Ampel die eine oder andere Forderung von uns – wie etwa

die Energiepreispauschale für Rentner und Studenten – übernommen hat: Wir sehen deutlichen Nachbesserungsbedarf bei Entlastungen für Bürger und Mittelstand.

Deutschland braucht jetzt einen Plan mit den richtigen Antworten auf die großen Herausforderungen. In der letzten Woche haben wir im Rahmen einer Klausurtagung auf der Zugspitze entsprechende Vorschläge präsentiert: Wir müssen alle Möglichkeiten der Energieerzeugung auszuschöpfen. Neben Wind, Sonne, Wasserkraft und Biomasse zählt dazu auch die Kernenergie. Wir brauchen ein neues Strommarktdesign, damit wir die Preisdynamik durchbrechen. Dazu muss Gas aus der Strompreisbildung herausgerechnet werden. Für eine wirkliche Entlastung brauchen wir zudem einen Preisdeckel für den Grundverbrauch von Haushalten. Damit die Unternehmen gute und sichere Arbeitsplätze in Deutschland erhalten können, fordern wir eine Unternehmensteuerreform.



Kita-Kinder weiter sprachlich fördern



Zum Förderstopp der Sprach-Kitas hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Antrag eingebracht, um das Förderprogramm weiterzuführen. Dazu erklärt **die familienpolitische Sprecherin der Unionsfraktion, Silvia Breher:**

„Die Ampel schadet unseren Kindern mit dem plötzlichen Stopp der Sprach-Kita-Förderung. Sie nimmt billigernd einen Rückwärtsgang in der sprachlichen Förderung von Klein- und Kitakindern in Kauf. Das ist kurzsichtig und verantwortungslos gegenüber den Kindern, Familien und Kitas. Wer eine solche Politik der Rückabwicklung gut heißt, kann es mit der Integration und Teilhabe für die Jüngsten und Schwächsten unserer Gesellschaft nicht ernst meinen.“

Das Ende der Sprach-Kitas hätte fatale Folgen. In fast allen Kitas gibt es Kinder mit besonderem sprachlichen Unterstützungsbedarf. Pandemiebedingte Lernrückstände und die vielen aus der Ukraine geflüchteten Kinder verdeutlichen den akuten Handlungsbedarf mehr denn je. Und was macht die Ampel? Sie benachteiligt die Benachteiligten noch einmal. Wenn die Kinder später einmal zu den Einschulungstests müssen, wird der Aufschrei groß sein. Wir als Unionsfraktion fordern deshalb das Bundesprogramm zur Förderung der Sprach-Kitas fortzusetzen.

Die Ampel argumentiert, dass die sprachliche Förderung im neuen „Gute-Kita-Gesetz II“ enthalten sei. Doch das ist eine Täuschung. Denn sie haben nicht das Fördervolumen erhöht. Das Budget des neuen „Gute-Kita-Gesetz II“ entspricht dem alten „Gute-Kita-Gesetz“. Gestrichen wurden aber die Förderprogramme Sprach-Kitas, die Fachkräfteoffensive Erzieherinnen und Erzieher sowie das Programm Kita-Einstieg. Es stehen mehrere hundert Mio. Euro weniger für die frühkindliche Bildung zur Verfügung. Die Ampel trickst und schummelt. Verantwortliches Regieren sieht anders aus.

Bereits jetzt haben sich schon viele der rund 7.500 Fachkräfte in den Sprach-Kitas nach anderen Jobs umgesehen. Es droht der Zusammenbruch etablierter pädagogischer Strukturen und ein Aderlass an pädagogischem Personal - bei sowieso angespannter Personalsituation. Diese Tendenz müssen wir durch entschlossenes Handeln unverzüglich aufhalten.“

Ampel befeuert Inflation

Die Preise für Lebensmittel und Energie steigen, in der europäischen Düngemittelindustrie zeichnet sich eine Krise ab. Dazu erklärt **der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Albert Stegemann:**

„Minister Özdemirs ideologisch geprägter Zick-Zack-Kurs in der Agrarpolitik befeuert die Inflation. Die Düngemittelhersteller haben aufgrund der gestiegenen Energiekosten ihre Produktion bereits deutlich gedrosselt. Ohne die Verfügbarkeit von Dünger werden die Ernten im kommenden Jahr deutlich schlechter. In der Folge drohen die Lebensmittelpreise noch weiter anzusteigen. Der zuständige Landwirtschafts- und Ernährungsminister aber scheint abgetaucht zu sein. Die Bundesregierung ist aufgefordert in dieser Situation die landwirtschaftliche Erzeugung ausweiten. Wir brauchen zudem mehr Innovationen und Investitionen in die Agrarwirtschaft. Doch die Ampel erklärt weiterhin, dass die Landwirtschaft in Deutschland gedrosselt und die Tierhaltung zurückgedrängt werden soll. Das ist politisch fahrlässig



und gefährdet den Wirtschaftsstandort Deutschland.“

Die Woche im Plenum



Bundshaushalt wird aktueller Krisensituation nicht gerecht.

In dieser Sitzungswoche – der Haushaltswoche – befassten wir uns in 1. Lesung mit dem Gesetz über die Feststellung des Bundshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2020 und dem Finanzplan des Bundes 2022 bis 2026. Der Bundshaushalt ist gezeichnet von zahlreichen Unwägbarkeiten und offenen Flanken: Inflation, Ukraine-Krieg, Corona-Pandemie, Rekordverschuldung, permanente Mehrforderungen aus den verschiedenen Ressorts der Ampelregierung. Hinzu kommen steigende Zinskosten, die Spielräume weiter einschränken. Die Einhaltung der Schuldenbremse – von Finanzminister Lindner hoch und heilig versprochen – ist bereits jetzt auf Kante genäht. Deutlich wird: Strukturelle Probleme im Haushalt traut sich die Ampel nicht anzugehen. So ist der Bundeszuschuss zur Gesetzlichen Rentenversicherung inzwischen auf 112,4 Mrd. Euro - 25 % des Haushaltsvolumens – angewachsen. Bis 2026 steigt er weiter auf 128,8 Mrd. Euro (29,5 % des Haushaltsvolumens). Statt dringend notwendiger Reformen werden Probleme mit Geld zugeschüttet – Geld, das bereits jetzt an anderer Stelle fehlt. Doch damit nicht genug: Mit Bürgergeld, Kindergrundsicherung stehen weitere umfangreiche Ausgabenwünsche der Koalition an. Wie sollen daneben noch die angekündigten weiteren Entlastungen und der vom Bundesfinanzminister endlich zugesagte Ausgleich der kalten Progression finanziert werden? Der Bundesrechnungshof bringt es auf den Punkt: „Aus dem Haushaltsentwurf wird die wahre Lage der Bundesfinanzen nicht deutlich“, heißt es in einem aktuellen Bericht. Eine zukunftsgerichtete Haushaltspolitik ist im Ampel-Entwurf nicht erkennbar. Schon jetzt ist klar: Es wird wieder kurzfristige, reaktive Nachbesserungen geben müssen – schuldenfinanziert auf Kosten der nachfolgenden Generationen.

Sonstige Tagesordnungspunkte

In abschließender 2./3. Lesung haben wir das von den Ampel-

fraktionen eingebrachte **Gesetz zur Stärkung des Schutzes der Bevölkerung und insbesondere vulnerabler Personengruppen vor COVID-19** beraten. Der Entwurf sieht Verschärfungen der Corona-Maßnahmen an mehreren Stellen vor. Aber: Viele unserer europäischen Nachbarn zeigen uns, dass ein verantwortlicher Umgang mit dem Coronavirus auch ohne Panikmache des Gesundheitsministers möglich ist. Mittlerweile hat Frankreich die Pandemie für beendet erklärt, in der Schweiz und den Niederlanden wurden bereits im Frühjahr die Maßnahmen aufgehoben. Auch Österreich und Dänemark haben sich diesem Vorgehen angeschlossen. Trotz einer mehrere Monate langen Vorbereitungszeit bleibt das von den Ministern Lauterbach und Buschmann erarbeitete Maßnahmenpaket wissenschaftlich wie auch praktisch unklar und unvollständig. Es folgt offenbar nicht dem Leitgedanken, auf besonnene Weise wieder ein möglichst hohes Maß an Normalität zu ermöglichen. Mit unserem **Antrag „Gut vorbereitet für den Herbst – Pandemiemanagement verbessern“** machen wir gut begründete Gegenvorschläge. Wir kritisieren: Nach wie vor fehlt es an einer kohärenten Kommunikations-, Impf- und Teststrategie. Die Voraussetzungen für die Gesetzesanwendung durch die Bundesländer bleiben unklar. Es fehlt ein Mindestmaß an bundesweiter Orientierung. In der Folge droht eine sinkende Akzeptanz vieler Maßnahmen in der Bevölkerung.



Wir beantragen zudem die **Unverzügliche Aufhebung der Gaspreisanpassungsverordnung (Gasumlage)**. Mit der Gaspreisanpassungsverordnung vom 8. August 2022 wurde die Gasumlage in Höhe von 2,419 ct/kWh eingeführt. Es handelt sich um eine Rechtsverordnung der Bundesregierung ohne Zustimmung des Bundesrates auf Grundlage von § 26 Abs. 1 Energiesicherungsgesetz. Die Zustimmung des Bundestages zu der Verordnung ist nicht erforderlich. Allerdings kann der Bundestag gem. § 26 Abs. 4 Energiesicherungsgesetz binnen zwei Monaten die Aufhebung der Verordnung verlangen. Dies tun wir mit diesem Antrag. Die Gasumlage ist handwerk-

lich schlecht gemacht, sie ist ungerecht und begünstigt auch profitable Unternehmen. Zudem bleibt die Bundesregierung die Veröffentlichung der Berechnungsgrundlagen für die am 15. August 2022 bekanntgegebene Höhe der Umlage weiterhin schuldig. Das widerspricht der gesetzlichen Anforderung eines „transparenten und diskriminierungsfreien Verfahrens“ gemäß § 26 Absatz 7 Energiesicherungsgesetz.



Israelischer Präsident im Deutschen Bundestag

Der israelische Staatspräsident Isaac Herzog hat im Deutschen Bundestag zum Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus aufgerufen. In seiner Rede erinnerte Herzog an das Leid der Shoah, aus der eine Verpflichtung zu Menschlichkeit, Toleranz und Demokratie erwachse. Er würdigte die tiefe Partnerschaft, die zwischen Israel und Deutschland entstanden ist, als beispielhaft.

Der israelische Präsident sprach von der tausendjährigen Geschichte der Juden in Deutschland, die im Grauen des Nationalsozialismus unterging. Das Gedenken an die sechs Millionen ermordeter Juden bezeichnete er als moralische Verpflichtung für Israel und Deutschland: „Nur gemeinsam können wir dem Gedenken Bedeutung verleihen.“ Für die Gegenwart bedeute dies: „Wir müssen Antisemitismus und Rassismus den Kampf ansagen.“ Die Stimmen, die Hass und Hetze verbreiten, dürften nicht hingenommen werden, weder in den sozialen Netzwerken, noch auf der Straße, noch in den politischen Machtzentren. Der Weg, den es zu beschreiten gelte, müsse auf Frieden und Gerechtigkeit, Respekt, Toleranz und Partnerschaft ausgerichtet sein.

Herzog würdigte die Entwicklung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg. Deutschland sei „einer der wichtigsten Anführer der freien Welt“ geworden, es sei wieder ein „Motor von Geist und Kultur“. Zu den bilateralen Beziehungen, die auf gemeinsamen Werten und einer tiefen Freundschaft beruhen, sagte Herzog: „Der Staat Israel ist stolz auf seine Partnerschaft mit Deutschland.“ Sie müsse weiter ver-

tieft und entwickelt werden.

Herzog erinnerte auch an das fürchterliche Attentat auf die israelische Mannschaft bei den Olympischen Spielen in München 1972, das sich am 5. September zum 50. Mal jährte. Ein palästinensisches Terrorkommando hatte israelische Sportler als Geiseln genommen. Bei der Befreiungsaktion waren die elf israelischen Geiseln sowie ein deutscher Polizist getötet worden. Zum Jahrestag am Montag wurde in München der Opfer gedacht. Dort bat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier seinen Amtskollegen Herzog im Namen der Bundesregierung um Vergebung. Im Bundestag dankte Herzog dem Bundespräsidenten, der deutschen Regierung und der bayerischen Landesregierung für die bewegende Zeremonie. Es sei gut, dass es kurz vor dem Jahrestag zu einer Verständigung mit den Angehörigen der Opfer über die Entschädigung gekommen sei. Durch die „Übernahme der Verantwortung“ leiste Deutschland einen Beitrag für „eine gewisse Linderung des Schmerzes der Angehörigen“.



Nach seiner Rede im Bundestag legte Herzog zusammen mit Steinmeier einen Kranz am Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin nieder. Zum Abschluss seines Staatsbesuchs besuchte er das frühere Konzentrationslager Bergen-Belsen.

CDU **CSU** Fraktion im
Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen

Vorsitzender:
Dr. Mathias Middelberg MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 – 227 79498
Fax: 030 – 227 70139
Email: stefan.krueppel@cducsu.de
Internet: www.lg-nds.de

Bildnachweis:
Foto Header: Tobias Koch

Diese Veröffentlichung der Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.